

Internationale Klimaschutzpolitik

Internationale Klimaschutzpolitik: Vorreiter Deutschland

Schon auf dem Weltgipfel in Rio 1992 (Internetseite in englischer Sprache) wurde im Rahmen der Klimarahmenkonvention (PDF-Dokument) vereinbart, die Treibhausgasemissionen weltweit zu stabilisieren. 1997 wurden dann in Kyoto (PDF-Dokument) rechtsverbindliche Zusagen vor allem der Industriestaaten festgehalten: Die Industriestaaten sollen ihre Emissionen um insgesamt 5 % im Zeitraum 2008-2012 gegenüber 1990 senken. Deutschland hat sich im Rahmen der EU-Lastenteilung zum Kyoto-Protokoll verpflichtet, im Zeitraum 2008-2012 insgesamt 21 % weniger klimaschädliche Gase zu produzieren als 1990. Auch wenn die USA im Jahr 2001 ihren Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll erklärten, einigte sich die Staatengemeinschaft auf konkrete Regelungen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Das Kyoto-Protokoll, das bereits von über 150 Staaten ratifiziert worden ist, trat am 16. Februar 2005 völkerrechtlich in Kraft.

Klimapolitik darf aber weder auf internationaler, noch auf nationaler Ebene im Jahr 2012 enden. Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur muss auf höchstens 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden, um inakzeptable Folgen und Risiken des Klimawandels zu vermeiden. Mittel- und langfristige Ziele sind dabei notwendig, um gleichzeitig eine Stabilisierung der Treibhausgasemissionen zu erreichen und Planungs- und Investitionssicherheit zu gewährleisten. In Umsetzung der Koalitionsvereinbarung hat die Bundesregierung zugesagt, dass Deutschland bis zum Jahr 2020 seine Treibhausgasemissionen um 40 % (bezogen auf das Basisjahr 1990) reduzieren wird, wenn die EU-Staaten einer Reduzierung der europäischen Emissionen um 30 % im gleichen Zeitraum zustimmen.

[Quelle: Bundesumweltministerium]